

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt und Anzeiger

Er erscheint jeden Wochentag nachmittags — Preis Nr. 11 u. 28. Postfachkonto Leipzig 23464. — Gemeindegeldkonto 14. Bankkonten: Sommer- und Privat-Bank Zweigstelle Hohenstein-Ernstthal — Darmstädter und Nationalbank Zweigniederlassung Hohenstein-Ernstthal. — Unverlangt eingehende Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einwerbungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

und Anzeiger

Bei Klagen, Konturufen, Vergleichen usw. wird der Bruttobetrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung, der Anzeigen oder der Beförderungs-Einrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfierung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Häutiggrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Ritzdorf Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschursdorf, Reichsbach, Callenberg, Grumbach, Tirschheim, Ruchschappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grünau, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Ruchsdorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften behördlicherseits bestimmte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frick.

Nr. 67

Der Raum des Wärmeters der einpalligen Anzeigen-
seite kostet 7 Pf., der einpalligen Werbeanzeige 21 Pf.
Für den Nachweis werden 25 Goldpfennige berechnet.

Mittwoch, den 20. März 1929

Verkaufspreis halbjährlich 60 Goldpfennige
einschließlich Eragerlohn.

79. Jahrg.

S. 6 - unpaginiert

Sitzung der Stadtverordneten

Die Stadtverordneten und die Schule — 103 000 Mark Baubeihilfen vergeben

Die gestrige Stadtverordnetensitzung wollte wieder einmal kein Ende nehmen. Der Redefuß lief — vom Gehe des Schweißens befreit — lustig dahin. Die Tagesordnung, die bereits 19 Punkte vorlag, wurde noch um einige — wie üblich — vermehrt.

Die Bewilligung von größeren Summen für die Schule rief die längsten Ausreden hervor. Die bürgerlichen Stadtverordneten wandten sich gegen die Verminderung des wissenschaftlichen Unterrichtes um zwei Stunden zugunsten von Spielfunden. Sie lehnten entschieden das jetzige System ab, wie es vom Ministerium gebahnt wird. Das Ministerium ordnet an: das und das muß eingeführt werden; es verfährt aber regelmäßig so: jagen; wir bewilligen euch hierfür so und so viel Mark.

Aus allen Reden der Bürgerlichen sang die Sorge hervor: was soll mit unseren Kindern werden, wenn der ohnehin geloderte wissenschaftliche Unterricht noch mehr zugunsten der Leibespflege geschmälert wird?

Die Linke benötigte natürlich die Gelegenheit, um gegen den Religionsunterricht zu eifern. Wir teilen nicht ihre Meinung, daß Religion unnütz ist, sind vielmehr der Ansicht, daß es um unsere Kinder und um unser Volk weit besser stehen würde, wenn sie noch beten könnten und den alten Glauben hätten.

Die Kommunisten und Sozialdemokraten bezogen ein großes Unrecht, wenn sie den Religionsunterricht verwerfen. Denn wäre er früher nicht gewesen, woher hätte man die guten Lehren für die Lebensstunde genommen? Daß die Lebensstunde eine verfehlerte Anleihe vom Christentum gemacht hat, kann keiner leugnen. Das deutsche Volk ist durch kein Beten groß geworden. Und nicht zu vergessen: durch seine Arbeit. Wenn wir wieder hochkommen wollen, dann muß das alte wahre Wort erneut zur Tatjahre werden: „Bete und arbeite!“ Sonst bleiben wir unten, wenn wir nicht noch tiefer sinken und in unserm Elend noch einmal erliegen wollen.

W. Sig.

Im Folgenden geben wir den

Verlauf der öffentlichen Sitzung

Am Ratsstisch: Erster Bürgermeister Dr. Paß, Bürgermeister Sammet, Stadtrat John und Verordnungsbeamter Kaube.

Vom Kollegium waren 23 Mitglieder erschienen. Der Zuhörerraum war voll besetzt.

Vorsteher Rößel eröffnete die Sitzung kurz nach 8 Uhr. Sodann gab er unter

Kenntnisnahmen

bekannt: den Jahresbericht der Wirtschaftsfürsorge und, daß auch dieses Ostern der seit Jahren geplante Aufbau auf die Wagabstufenschule noch nicht erfolgen könne. — Die Aufwendungen für die Dampfheizungsanlage im Rathaus sind mit verrechnet worden.

Ferner nahm das Kollegium davon Kenntnis, daß unsere Stadt der

Aussicht der Kreishauptmannschaft

unterstellt bleibt.

Aufhebung der Bestimmungen über das Anbringen von Plakaten.

Das gesamte städtische Plakatenverbot ist bekanntlich vor einigen Wochen an die Firma Wittenbach & Sohn A.-G. in Chemnitz verpachtet worden.

Nach kurzer Aussprache wurde der

16. Antrag zur Ortsschulordnung angenommen

Verteilung der Schulferien 1929/30

Laut ministerieller Verordnung finden die Sommerferien vom 12. Juli bis 10. August und die Herbstferien vom 27. September bis 12. Oktober statt.

Das Kollegium war mit der

Ueberweisung der Ostern in die Schule kommenden Kinder

aus der Zeißig- und Badstraße nach der Mittelschule einverstanden.

In den Haushaltsplan 1929/30 sollen nach Beschluß des Kollegiums eingestellt werden: 800 Mark für Filmvorführungen in den Schulen;

500 Mark für Fortbildungskurse für Lehrer;
150 Mark für Schwimmbadbenutzung durch Schulkinder;
600 Mark für Schuwanderungen.

Errichtung von Fahrradständern in der Mittel- und Neufelder Schule

sollten 1200 Mark bewilligt werden. Die Stvo. Wolf und Freitag (Bürgerl.) lehnten diesen Betrag ab.

Stvo. Meier (Soz.) betonte, daß diese Fahrradständer hauptsächlich der auswärtigen Handelds- und Berufsschüler wegen errichtet werden sollen.

Stvo. Georgi (Soz.) unterstützte die Ausführungen seines Vorredners. Vorsteher Rößel bemerkte: Wenn wir so viel Rücksicht auf die auswärtigen Schüler nehmen, dann müssen wir 'mal den auswärtigen Gemeinden eine Umlage schicken.

Stvo. Krauß (Komm.) war für die Bewilligung des Betrages.

Stvo. Frey (Bürgerl.) betonte, daß man über die Notwendigkeit der Errichtung der Fahrradständer geteilter Meinung sein könne.

Erster Bürgermeister Dr. Paß hat, diese Summe nicht abzulehnen zu wollen. Mit dem Betrag könnte ja — das es sich in der Hauptsache um die Handels- und Berufsschüler handle — die Handels- und Berufsschule befristet werden.

Nach weiterer Aussprache beschloß das Kollegium, die Summe unter Vorbehalt in den Haushaltsplan 1929/30 einzusetzen. Sie soll die Handels- und Berufsschule betreffen.

700 Mark für Spielmittage

Vorsteher Rößel führte aus, daß von Ostern ab der neue Landeslehrplan in Kraft trete, der zu Gunsten zweier Spielfunden zwei wissenschaftliche Stunden kürze. Und zwar soll je eine Stunde weniger Deutsch und Rechnen erteilt werden. Man hoffe durch die zwei Spielfunden, die der Leibesübung dienen sollen, die geistige Beweglichkeit der Kinder heben zu können. (??) Die Schriftleitung.) Andere Leute seien nicht dieser Meinung.

Stvo. Krauß (Komm.) machte den Vorschlag, die Religionsstunden zu streichen. Vorsteher Rößel erwiderte schlaffertig, dann müßten auch die Stunden für Lebenskunde gestrichen werden, und das wäre tieftraurig. Er hatte den „gutmündigen Dreck“ nicht für glückselig. Es müßte dem Ministerium einmal gesagt werden: hier hört es auf. Er glaube kaum, daß einer der Herren Lehrer mit der Verminderung des wissenschaftlichen Unterrichtes einverstanden sein würde.

Stvo. Rölbe (Bürgerl.) lehnte die Erhöhung der Summe für die Spielmittage von 350 Mark auf 700 Mark ab.

Stvo. Krauß (Komm.) war für die Bewilligung des Betrages.

Erster Bürgermeister Dr. Paß führte hierzu aus: Die Verhältnisse liegen bei uns so: Wir haben 28 Pflichtstunden in der Woche. In der größten Umgebung hat man 30 Stunden. Auch bei uns waren früher 30 Stunden. Das liegt aber auf Schwierigkeiten. Nach dem Landeslehrplan haben wir für das 5. bis 6. Schuljahr obligatorisch eine Stunde Spielunterricht. Diese Stunde soll im Sommer um eine weitere vermehrt werden. Diese zwei Spielfunden glaubt die Schulleitung mit dem begehrten Betrag durchführen zu können. Es sind 14 Klassen, die in Frage kommen. Die Schulleitung plant für das nächste Jahr die Erhöhung der Stunden von 28 auf 30. Ich persönlich bin auch kein Anhänger der Spielmittage. Ich bitte Sie aber trotzdem, sich nicht ablehnend zu verhalten. Ich behauere auch, daß der wissenschaftliche Unterricht um zwei Stunden vermindert werden soll. Die Kinder werden heute viel zu viel abgelenkt. Nicht durch die Schule, sondern durch andere Dinge wie Radio, Motorrad usw. Das ist kein

Borwurf gegen die Lehrerschaft und die hiesige Schulleitung. Aber die Tatsache steht fest, daß der Elementarwissenschaft nicht mehr die frühere Pflege von oben her entgegengebracht wird. Ich würde die Ablehnung des Betrages bedauern.

Stvo. Meier (Soz.) war für die Bewilligung der Summe.

Vorsteher Rößel betonte, daß er weder den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Dr. Paß, noch den von Herrn Meier zustimmen könne.

Die Stvo. Graube und Neumann (Hausb.) lehnten die 700 Mark ab. Stvo. Schmidt (Kauf.) war gegen die Erhöhung der Spielfunden auf Kosten des wissenschaftlichen Unterrichtes.

Stvo. Georgi (Soz.) war für die Spielmittage.

Stvo. Freitag (Bürgerl.) betonte, daß die Lehrerschaft im großen und ganzen der Meinung sei, daß das Ministerium eine Dummheit gemacht habe. Sie dürfe auch nicht für die Verminderung des wissenschaftlichen Unterrichtes sein. Das Ministerium sei wie ein Kochbuch: „Man nimmt, man nimmt, man nimmt.“ Aber es werde nicht gesagt, woher genommen werden soll.

Die Ratsvorlage wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

1000 Mark für den Handfertigkeitsunterricht

Stvo. Wolf (Bürgerl.) hat, auch diesen Betrag abgelehnt.

Stvo. Meier (Soz.) war gegen die Ablehnung der Summe. Er erklärte, dem Schüler solle nur Religion, Katechismus, Rechnen usw. erhalten bleiben, was er später 'mal als Arbeiter nicht gebrauchen könne. (???) Die Schriftleitung.)

Stvo. Krauß (Komm.) redete der amerikanischen Arbeitsschule und Unterrichtsweise das Wort. Dort werde der Unterricht nicht mit dem Handfäden ulw. begonnen.

Erster Bürgermeister Dr. Paß erwiderte, daß es nach den Ausführungen von Herrn Krauß so aussehe, als sei er ein genauer Kenner des amerikanischen Schulwesens. Er dürfe sagen, daß unser Schulwesen himmelhoch verschieden gegenüber dem amerikanischen sei. Es sei auch heute noch sehr gut. Der Amerikaner habe ganz andere Anforderungen an sich auf einem ganz richtigen Standpunkt. Denn wenn das Ministerium fordere, so solle es auch die Mittel bewilligen. Er sei der Meinung, daß man die Summe für den Handfertigkeitsunterricht nicht ganz ablehne, sondern sich wenigstens auf 700 Mark einigte.

Vorsteher Rößel bemerkte, es sei nicht die Summe, die abgelehnt werde, sondern das System.

Stvo. Georgi (Soz.): Lassen wir die Kinder hüßen!

Vorsteher Rößel: Sie werden nicht hüßen! Die 700 Mark wurden gegen die SPD bewilligt.

Dann wurden 4400 Mark für

Vermittel für unbemittelte Kinder

bewilligt. Der Antrag von Stvo. Gäbler (Komm.), 15 000 Mark für völlige Vermögensfreiheit einzusetzen, wurde abgelehnt.

Ferner wurden 160 Mark als

Beihilfe für Zeißiger Leipziger Studenten

bewilligt.

Vergebung von Baubeihilfen für 1929

Das Kollegium beschloß die Vergebung von insgesamt 103 000 Mark. Im ganzen werden 19 Neubauwohnungen errichtet. Nach der Ratsvorlage erhalten: das Eigenheim 48 000 Mark, Frau verw. Finckebusch 15 000 Mark, die Herren Paß, Robert, 6000 Mark, Frau Hofmann 10 000 Mark, Robert Vogel 6000 Mark, Karl Nieme weitere 2000 Mark, Erich Köhler 10 000 Mark und Frau Böhmer 6000 Mark.

Erster Bürgermeister Dr. Paß betonte, daß das Geld, das zur Verfügung gestellt werde, nicht vorhanden sei. Es stünden nur noch 7000 Mark zur Verfügung. Die Summen, die zu geben das Kollegium heute beschlossen habe, seien Gelder aus der noch abzuschließenden Anleihe von 100 000 Mark.

Dann wurden noch zwei

Baubeihilfen aus der 1930er Mietzinssteuer

gewährt. Und zwar soll die alte Baugesellschaft 36 000 Mark zur Errichtung eines Sieben-Familienhauses erhalten. Auch der Bauhandwerkergenossenschaft wurde ein Betrag zugesagt.

Sobann beschloß das Kollegium, Herr Kurt Günther — der an der Seckentstraße am Doppelwohnhaus errichten will — 10 000 Mark zu gewähren.

Hierauf bewilligte das Kollegium ohne weitere Aussprache

100 Mark Beihilfe

für die Anbringung einer Gedektafel am Geburtshaus Karl Wans.

Vorsteher Rößel führte hierbei aus: Man mag über Karl May denken, wie man will. Ich persönlich wünsche, daß Hohenstein-Ernstthal noch eine ganze Reihe solcher tüchtiger Menschen hervorbringt. Auch über hier gilt das Wort: „Der Strohhalm gilt nichts in seinem Vaterland.“ Karl May bleibt doch ein bedeutender Mann. Wir ehren uns selber, wenn wir einen ganz kleinen Teil zu der fünfjährigen Ehrentafel, die ich im Entwurf gegeben habe, geben.

Weitere Bewilligungen

Für die Stadtbank wurden 1000 Mark für geringe Veränderungen und Beschaffung einiger Einrichtungsgegenstände bewilligt.

Für die Drucklegung eines Verzeichnisses für das Stadtbild wurden 600 Mark bewilligt.

Dem Gefangenenwärter des Rathauses wurde eine Entschädigung von 100 Mark bewilligt.

Für die Jaunerneuerung in den Schrebergärten an der Häutiggrundstraße wurden 750 Mark bewilligt.

Unterstützung der Samaritervereinigungen. In Zukunft sollen die drei hiesigen Samaritervereine 150 Mark je aktives Mitglied erhalten. Der Rest der 600 Mark soll nach der Zahl der Hilfsleistungen verteilt werden. Die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz zählt 74 aktive Mitglieder, der Samariterverein 94 und der Arbeiter-Samariterverein 39 aktive Mitglieder.

Dann hoben die Stadtverordneten gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten die Beschlüsse aus dem Jahre 1923/24 auf, die die Entfernung des

König-Albert-Denkmal auf dem Neumarkt

fordern. Vorsteher Rößel hat, das Denkmal stehen zu lassen. Wir ehren uns — so betonte er — dadurch am meisten selbst. Es hat sich noch kein Volk erhebt, wenn es die Vergangenheit anerkennt. Neue Männer glauben auch, ihre Pflicht getan zu haben.

Richtig gesprochen

wurde die Rechnung der Anleihekasse 1924/25 und 1925/26 und die Stiftungstabelle 1924/25.

Mit der Prüfung der Stadtkassenrechnung u. 1924/25 und 1926/27 wurde Stvo. Neumann (Hausb.) beauftragt.

Kreditbüchereien des landwirtschaftlichen Kreditvereins

sollen mit 22 1/2 Prozent aufgewertet werden. Die Aufwertungssumme beträgt etwa 11 000 Mark.

Aufwertung der Darlehen der Landesversicherungsanstalt Sachsen

Die augenblickliche Aufwertungssumme beträgt 129 000 Mark. Bis zum Jahre 1958 sind einschließlich Zinsen ulw. 249 000 Mark abzuführen.

Stiftung

Frau verw. Gersbach stiftete für das Bürgerheim unter gewissen Bedingungen 1000 Mark.

Das Kollegium dankte der Spenderin und trat dem Ratsbeschluss bei.

Schluß der öffentlichen Sitzung: 1/12 Uhr. Eine geheime Beratung schloß sich an.